

Liestal, 1. Februar 2021
Medienmitteilung

Die Parteien CVP, FDP, SP und SVP sprechen sich deutlich gegen die unnötige «Lehrplan-Initiative» aus

- **Mit der Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» wurde ein zweiter Lehrplanteil mit Inhalten und Themen erarbeitet. Dieser wird gegenwärtig überprüft.**
- **Dank eines schweizweit einmaligen Rückmeldeprozesses können alle Sekundarlehrpersonen bis Ende des Schuljahres 2021/22 Verbesserungsvorschläge für den Lehrplan einbringen.**
- **Die Lehrpläne aller Schulstufen müssen aufeinander abgestimmt sein; die Begrenzung auf 1'000 Kompetenzen ist willkürlich.**
- **Es braucht nun Ruhe und keine weiteren Experimente an den Schulen**
- **Regierungsrat wie auch Landrat lehnen die Initiative deutlich ab.**

Am 7. März 2021 wird die Baselbieter Bevölkerung über die Gesetzesinitiative «Die gigantische und unerfüllbare Anzahl von 3'500 Kompetenzbeschreibungen in den Lehrplänen auf ein vernünftiges Mass reduzieren» abstimmen. Die Initiative verlangt, dass die gesamte Anzahl von Kompetenzbeschreibungen in den Stufenlehrplänen von Primarschule und Sekundarstufe I auf maximal 1'000 begrenzt wird. Zusätzlich fordert sie, dass die Stoffinhalte und Themen in der Sekundarstufe I bezüglich Jahresziel und Anforderungsniveau differenziert und auf den Inhalt und die Anforderungen der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschule und des Gymnasiums abgestimmt werden.

Die Parteien CVP, FDP, SP und SVP lehnen die Gesetzesinitiative mit Überzeugung ab. Laut CVP Parteipräsident Silvio Fareri müssen die Lehrpläne der Primarstufe, der Sekundarschule und der Mittel- und Berufsfachschulen sorgfältig aufeinander abgestimmt sein. So müssen auch die Grundkompetenzen, die alle Schülerinnen und Schüler in der Schweiz am Ende der obligatorischen Schule erreichen sollten, in die Lehrpläne einfließen. «Die Begrenzung auf 1'000 Kompetenzen ist willkürlich. Unsere Baselbieter Schülerinnen und Schüler sollen bestmöglich auf ihren Berufsweg vorbereitet werden. Die Initiative gefährdet dies.»

Laut Saskia Schenker, Parteipräsidentin und Landrätin der FDP Baselland, wurde in den Sekundarschulen ein schweizweit einmaliger Rückmeldeprozess durchgeführt: «Dabei können alle Sekundarlehrpersonen während dreier Jahre konkrete Verbesserungsvorschläge einbringen. Dieser Prozesse liefert Hinweise für gezielte Kürzungen, Verschiebungen oder andere Anpassungen des Lehrplans». Und weiter: «Aus unserer Sicht ist es nun wichtig, dass die Feedbacks aus dem Rückmeldeprozess zielführend genutzt werden. Auch die Rückmeldungen der Initianten der Gesetzesinitiative, der Starken Schule beider Basel, fließen dabei ein.» Laut Miriam Locher, Landrätin und Präsidentin der SP Baselland, habe der Bildungsrat bereits nach dem ersten Jahr (2019) Aufträge erteilt, damit der Lehrplan geschärft und kürzer wird. «Gegenwärtig läuft die zweite Rückmeldeschleife, in der sich von den rund 1'200 Sekundarlehrpersonen im Baselbiet über 700 in zwölf betroffenen Fächern beteiligt haben. Der bereits funktionierende Rückmeldeprozess zum Lehrplan erhebt Anpassungs- und Kürzungsbedarf systematisch und fachlich fundiert in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gremien», so Miriam Locher.

Dominik Straumann, Präsident der SVP Baselland betont, dass in den Schulen wieder mehr Ruhe einkehren sollte: «Es ist nicht der Moment für weitere Experimente. Die Schulen sind derzeit mehr als gefordert. Der Rückmeldeprozess darf nicht übersteuert werden, denn die zeitlichen und finanziellen Folgen wären beträchtlich. Es ist viel wichtiger, dass sich die Schulen darauf konzentrieren können, einen guten Unterricht zu bieten und beispielsweise Erfahrungen mit den neuen Fremdsprachenlehrmitteln zu sammeln. Dies ist ein weiterer Grund, warum wir den Baselbieterinnen und Baselbietern mit Überzeugung empfehlen, am 7. März 2021 ein Nein in die Urne zu legen.» Sowohl der Regierungsrat wie auch der Landrat, der mit 77 gegen 6 Stimmen bei 3 Enthaltungen am 22. Oktober 2020 die Gesetzesinitiative abgelehnt hatte, sprechen sich klar gegen die Initiative aus.

Kontakt:

Silvio Fareri, Präsident der CVP Baselland, 079 742 06 82

Miriam Locher, Präsidentin der SP Baselland, Landrätin, 076 445 07 22

Saskia Schenker, Präsidentin FDP Baselland, Landrätin, 079 212 78 65

Dominik Straumann, Präsident der SVP Baselland, 079 654 08 80